

Amtliche Bekanntmachung

2016

Ausgegeben Karlsruhe, den 09. Mai 2016

Nr. 25

I n h a l t

Seite

Institutsordnung des Instituts für Kernphysik (IKP)

177

Institutsordnung des Instituts für Kernphysik (IKP)

Präambel

Die Institutsordnung des Instituts für Kernphysik basiert auf der Rahmenordnung für Institutsordnungen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in der Fassung vom 01.08.2014.

Die Institutsordnung wurde am 04.12.2015 von der Institutsversammlung beschlossen. Der Bereichsrat des Bereichs V hat der Institutsordnung in seiner Sitzung am 17.02.2016 zugestimmt. Das Präsidium hat in seiner Sitzung am 25.04.2016 festgestellt, dass die Institutsordnung der Rahmenordnung entspricht, so dass gemäß § 7 Abs. 5 der Gemeinsamen Satzung des KIT vom 01.01.2014 die Zustimmung des KIT-Senats nach § 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4, Satz 2 des Gesetzes über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz) in der Fassung vom 14.07.2009 (GBl. S. 317 ff), zuletzt geändert durch Artikel 5 des dritten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG) vom 01.04.2014 (GBl. S. 99, 167) als erteilt gilt.

Das Institut heißt im Englischen „Institute for Nuclear Physics“. Als Abkürzung wird in jedem Fall „IKP“ verwendet.

Die Institutsordnung regelt die Gliederung und definiert die Gremien des Instituts für Kernphysik und deren Zusammenwirken. Geltende Regelungen des Karlsruher Instituts für Technologie, wie das KIT-Gesetz (KITG), das Landeshochschulgesetz (LHG) und die Rahmenordnung für Institutsordnungen des KIT sind übergeordnet und bleiben von dieser Institutsordnung unberührt.

Das Institut für Kernphysik betreibt Grundlagenforschung und Lehre in der Astroteilchenphysik, die überwiegend in die programmorientierte Forschung der Helmholtz-Gemeinschaft eingebunden ist. Das Institut arbeitet an der Beantwortung fundamentaler Fragen der Natur an der Schnittstelle von Elementarteilchenphysik, Astrophysik und Kosmologie. Dies beinhaltet die Entwicklung, den Aufbau und Betrieb internationaler Großexperimente, sowie die Analyse und Interpretation der Daten und zugehörige theoretische Arbeiten.

Die Arbeiten des Instituts für Kernphysik werden in wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Arbeitsgruppen gemäß jeweils gültigem Organisationsplan durchgeführt.

§ 1 Gremien des Instituts

Das Institut hat

1. eine/n Institutsleiter/-in,
2. einen Institutslenkungsausschuss,
3. eine Institutsversammlung.

§ 2 Gliederung des Instituts

(1) Das Institut ist in Arbeitsgruppen und angegliederten Projektgruppen organisiert.

(2) Arbeits- und Projektgruppen werden durch den/die Institutsleiter/-in und in Abstimmung mit dem Institutslenkungsausschuss gebildet und aufgelöst. Die Einsetzung eines/einer Gruppenleiters/-leiterin erfolgt durch den/die Institutsleiter/-in nach Beratung mit dem Institutslenkungsausschuss.

§ 3 Angehörige des Instituts

(1) Angehörige des Instituts sind die am Institut tätigen

1. Hochschullehrer/-innen (Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, Dozenten und Dozentinnen) sowie leitenden Wissenschaftler/-innen gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 KIT-Gesetz,
2. akademischen Mitarbeiter/-innen gemäß § 52 LHG und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 KIT-Gesetz, womit auch die wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter/-innen gemeint sind.
3. sonstige Personen des Technischen und Verwaltungspersonals,
4. Honorarprofessoren und -professorinnen, Gastprofessoren und -professorinnen und -wissenschaftler/-innen, außerplanmäßigen Professoren und Professorinnen, entpflichteten oder im Ruhestand befindlichen Professoren und Professorinnen sowie Privatdozenten und -dozentinnen und Lehrbeauftragte, deren Forschungs- bzw. Lehrtätigkeit zum Arbeitsbereich des Instituts gehört,
5. studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie Lehrassistenten und -assistentinnen gemäß § 57 LHG.

(2) Darüber hinaus sind diejenigen Studierenden und Promovierenden Angehörige des Instituts, die im Rahmen ihrer Abschlussarbeit bzw. Dissertation dort tätig sind, soweit sie nicht unter Absatz 1 Ziff. 2 oder 5 fallen.

§ 4 Leitung

(1) Das Institut hat eine/n bestellte/n Leiter/-in. Die Bestellung des/der Institutsleiters/-leiterin erfolgt gemäß den Regelungen des KIT-Gesetzes und der Gemeinsamen Satzung des KIT. Der/die Institutsleiter/-in bestellt eine/n oder zwei Stellvertreter/-innen.

(2) Der/die Institutsleiter/-in beruft mindestens einmal im Semester eine Dienstbesprechung ein, in der wesentliche Angelegenheiten des Instituts besprochen werden. Zu dieser Besprechung sind alle am Institut tätigen Hochschullehrer/-innen, leitenden Wissenschaftler/-innen und Gruppenleiter/-innen gemäß § 2 Abs. 2 einzuladen.

§ 5 Aufgaben des/der Institutsleiters/-in

(1) Der/die Institutsleiter/-in trägt die Verantwortung für das Institut und trifft die Entscheidungen über die wissenschaftlichen und technischen Angelegenheiten des Instituts. Er/sie stimmt sich dabei mit dem Institutslenkungsausschuss ab.

(2) Der/die Institutsleiter/-in hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Er/sie vertritt das Institut innerhalb des KIT und nach außen in wissenschaftlicher Beziehung im Zusammenwirken mit den jeweiligen zuständigen Personen.
- b) Er/sie führt die laufenden Geschäfte des Instituts und sorgt für die Durchführung des Institutsbetriebs, insbesondere regelt er/sie die innere Organisation und sorgt im Benehmen mit dem Personenkreis nach § 4 Abs. 2 für den wirtschaftlichen Einsatz des vorhandenen Personals und der zur Verfügung stehenden Sachmittel und Einrichtungen unter Beachtung etwaiger Auflagen des Präsidiums; davon ausgenommen sind personenbezogene Mittelzuweisungen (z. B. Berufungszusagen) und Zuwendungen Dritter sowie hieraus finanziertes Personal; Anträge für Zuwendungen Dritter bedürfen des Einvernehmens des/der Institutsleiters/Institutsleiterin hinsichtlich der daraus folgenden Ressourcen. Bestehende rechtliche Verpflichtungen sind vorrangig zu berücksichtigen. Im Übrigen fallen die Entscheidungen in Haushalts-, Wirtschafts- und Personalangelegenheiten in die Zuständigkeit der zentralen KIT-Verwaltung, es sei denn, der/die Bereichsleiter/-in ist zuständig. Eine Übertragung dieser Zuständigkeit auf das Institut ist zulässig, § 9 LHO bleibt unberührt.
- c) Er/sie trägt die Verantwortung zur Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für alle Institutsangehörigen und hat zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Schäden (auch solche des KIT oder von Fremdfirmen oder sonstiger Dritter) alle Vorkehrungen zu treffen, die den geltenden Rechtsvorschriften (z.B. aus dem Arbeitsschutz-, Bau- und Umweltrecht), behördlichen Vorgaben (z.B. Genehmigungen, Auflagen, Anordnungen), allgemein anerkannten Regeln (z.B. Unfallverhütungsvorschriften) bzw. dem Stand der Technik sowie internen Vorgaben und Betriebsanweisungen entsprechen.

- d) Er/sie sorgt für die Weiterbildung und für die Information der Institutsangehörigen. Er/sie gewährleistet den Informationsfluss aus den Gremien, insbesondere dem Bereichsrat, dem KIT-Fakultätsrat und den KIT-Programmkommissionen und informiert u.a. auch über die forschungspolitische Strategie des KIT sowie über die Möglichkeit zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Er/sie trägt ebenfalls dafür Sorge, dass Personalgespräche durchgeführt werden.
- e) Er/sie hat den Vorsitz im Institutslenkungsausschuss.
- f) Er/sie übt vorbehaltlich des § 17 Abs. 10 LHG in den Räumen des Instituts das Hausrecht aus.
- g) Er/sie stellt die Anträge auf Einstellung, Vertragsverlängerung oder Entlassung der dem Institut gemäß § 3 zugeordneten Angehörigen, soweit sich keine andere Zuständigkeit ergibt.
- h) Er/sie gibt ggf. einen Institutsbericht heraus.
- i) Eine Übertragung der Pflichten nach lit. a) - h) auf eine/n andere/n geeigneten Institutsangehörige/n ist statthaft. Sie ist unverzüglich, unter Mitzeichnung des/der Verpflichteten und Beschreibung seines/ihrer Verantwortungsbereiches und seiner/ihrer Befugnisse, schriftlich festzulegen und ggf. den zuständigen Stellen zuzuleiten. Der/die Verpflichtete erhält eine Mehrfertigung. Der/die Institutsleiter/-in hat den/die Verpflichtete/n sorgfältig auszuwählen und zu überwachen.

§ 6 Beratungsgremium

(1) Zur Beobachtung, Beratung und Unterstützung des Instituts kann durch den/die Institutsleiter/-in ein Beratungsgremium eingesetzt werden. Das Beratungsgremium kann für einen längeren Zeitraum oder im Hinblick auf einzelne Fragestellungen eingesetzt werden.

(2) Das Beratungsgremium wird gebildet aus institutsfremden, dem KIT angehörenden Personen und nicht angehörenden Personen. Der/die Institutsleiter/-in zeigt die Mitglieder des Beratungsgremiums dem/der zuständigen Bereichsleiter/-in an. Erneute Berufung ist zulässig.

§ 7 Institutsversammlung

(1) Die Institutsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von 2 Jahren eine/n Vorsitzende/n und eine/n Stellvertreter/in.

(2) Der/die Vorsitzende gemäß Absatz 1 beruft bei Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr, eine Versammlung aller Angehörigen des Instituts ein, in der diese Gelegenheit zur Information und Aussprache haben. Eine Institutsversammlung ist im Übrigen dann durchzuführen, wenn mindestens ein Drittel aller Institutsangehörigen dies verlangt. Sie fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Beschäftigten nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3.

(3) Der/die Institutsleiter/-in unterrichtet die Institutsversammlung über die wesentlichen Angelegenheiten des Instituts und des KIT und gibt Gelegenheit zur Aussprache.

(4) Vor Einberufung einer Institutsversammlung ist der Personalrat unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig zu unterrichten. Ein/e Vertreter/-in des Personalrats kann an der Institutsversammlung als Gast teilnehmen. Über die Institutsversammlung ist eine Niederschrift zu führen.

§ 8 Institutslenkungsausschuss

(1) Am Institut ist die angemessene Mitwirkung der Mitarbeiter/-innen über die in § 9 geregelten Themen durch die Einrichtung eines Institutslenkungsausschusses (ILA) sichergestellt.

(2) Der Institutslenkungsausschuss setzt sich aus dem/der Institutsleiter/-in und Mitarbeitern/-innen nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 zusammen. Die Zahl der Mitarbeiter/-innen beträgt 10 Personen. Die Hälfte wird von den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 nach Maßgabe des § 10 gewählt, die andere Hälfte wird von dem/der Institutsleiter/-in entsandt.

(3) Die in den KIT-Konvent gewählten Mitarbeiter/-innen des Instituts sind ständige Gäste im ILA. Darüber hinaus kann der ILA zu einzelnen Tagesordnungspunkten oder ganzen Sitzungen sonstige Gäste anhören.

§ 9 Aufgaben des Institutslenkungsausschusses

(1) Der/die Institutsleiter/-in hat den Institutslenkungsausschuss über alle wesentlichen Angelegenheiten des Instituts zu informieren.

(2) Der Institutslenkungsausschuss berät den/die Institutsleiter/-in und wirkt bei der Entscheidungsfindung mit, insbesondere

- a) bei der Aufstellung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms für das Institut;
- b) bei der Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms und beim Einsatz der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel;
- c) beim Einsatz des Personals und bei der Aufstellung des Organisationsplans;
- d) bei der Ernennung von Leitungspersonal;
- e) bei Maßnahmen für die Durchführung der Erfolgskontrolle der wissenschaftlichen und technischen Arbeiten;
- f) bei Auflösung oder wesentlicher Umstrukturierung des Instituts;
- g) bei den Grundsätzen der Weiterbildung der Mitarbeiter/-innen.

Der Institutslenkungsausschuss kann von sich aus Vorschläge machen und Anregungen geben.

(3) Der Institutslenkungsausschuss soll in regelmäßigen Abständen, mindestens aber einmal im Halbjahr tagen. Auf Antrag von mindestens drei seiner Mitglieder muss binnen zwei Wochen eine außerordentliche Sitzung stattfinden. Der ILA beschließt mit einfacher Mehrheit der Anwe-

senden, sofern mindestens die Hälfte seiner Mitglieder und mindestens ein gewähltes Mitglied anwesend sind.

§ 10 Wahlordnung für den Institutslenkungsausschuss

(1) Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 des Instituts, die in einem ungekündigten Arbeits- oder sonstigen Dienstverhältnis zum KIT stehen und nicht Institutsleiter/-in sind.

(2) Wählbar sind alle wahlberechtigten Mitarbeiter/-innen gemäß Absatz 1.

(3) Die Mitglieder des Institutslenkungsausschusses werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt bzw. ernannt.

(4) Der/die Vorsitzende der Institutsversammlung beruft den/die Wahlleiter/-in und den Wahlausschuss (bestehend aus drei Personen) für die Wahl zum Institutslenkungsausschuss. Der Wahlausschuss erstellt eine Liste, welche die Namen aller wählbaren Mitarbeiter/-innen enthält. Die Annahme der Kandidatur ist mit Unterschrift durch den/die Mitarbeiter/-in hinter seinem/ihrem Namen auf der Liste innerhalb von zwei Wochen zu bestätigen. Die so entstandene Liste ist die Kandidatenliste.

(5) Ist die Anzahl der Kandidaten/Kandidatinnen nicht größer als die Anzahl der zu wählenden Beschäftigten, so muss der/die Wahlleiter/-in innerhalb einer Woche in einem Aushang auf diesen Umstand und auf die Folgen nach Absatz 6 hinweisen.

(6) Erklären sich auch innerhalb einer Woche nach diesem Aushang nicht mehr wählbare Beschäftigte des Instituts zur Kandidatur bereit als gewählt werden sollen, so gelten die Kandidaten/Kandidatinnen der Kandidatenliste als gewählt.

(7) Außer im Fall der Absätze 5 und 6 erfolgt die Wahl als Briefwahl durch geheime unmittelbare Stimmabgabe. Die Wahlberechtigten kennzeichnen auf dem Stimmzettel höchstens so viele Namen, wie Mitarbeiter/-innen zum Institutslenkungsausschuss zu wählen sind (pro Kandidat wird nur eine Stimme gewertet; keine Kumulation) und senden den Stimmzettel innerhalb einer Woche nach Erhalt an den/die Wahlleiter/-in zurück.

(8) In den Institutslenkungsausschuss gewählt sind die Kandidaten/Kandidatinnen mit den meisten Stimmen. Bei Stimmgleichheit erfolgt die Entscheidungsfindung per Losentscheid, sofern hiervon die Mitgliedschaft im Institutslenkungsausschuss abhängt.

(9) Der/die Kandidat/-in mit der jeweils höchsten Stimmenanzahl, der/die nicht mehr in den Institutslenkungsausschuss gewählt wurde, rückt bei Ausscheiden eines/einer gewählten Kandidaten/Kandidatin für die restliche Amtsperiode in den Institutslenkungsausschuss nach. Die Reihenfolge der Nachrücker/-innen wird bei Stimmgleichheit durch Losentscheid ermittelt.

§ 11 Konfliktklausel

Bestehen in wichtigen Fragen auch nach mehrmaliger Beratung im Institutslenkungsausschuss Meinungsverschiedenheiten zwischen den gewählten Mitgliedern und dem/der Institutsleiter/-in, so kann sich der Institutslenkungsausschuss an den/die Bereichsleiter/-in wenden, sofern das die Mehrheit seiner gewählten und entsandten Mitglieder beschließt.

§ 12 Dienstliche Obliegenheiten

Die Tätigkeit der Mitglieder im Institutslenkungsausschuss gehört zu den dienstlichen Obliegenheiten.

§ 13 Nutzung, Benutzerkreis

(1) Mitglieder des KIT, deren Studien-, Forschungs-, Lehr- oder Arbeitsbereich dem Institut zuzuordnen ist, sind berechtigt, die Einrichtungen des Instituts entsprechend den vorhandenen sachlichen, finanziellen und räumlichen Möglichkeiten zu benutzen.

Der/die Institutsleiter/-in regelt nach Beratung mit den am Institut tätigen Hochschullehrer/-innen, leitenden Wissenschaftler/-innen und Gruppenleiter/-innen gemäß § 2 Abs. 2 die Nutzung der vorhandenen Großgeräte sowie die Nutzung der Einrichtungen des Instituts.

(2) Andere Mitglieder des KIT sowie andere Personen können von dem/der Institutsleiter/-in als Benutzer/-innen zugelassen werden, sofern hierdurch die Belange der in Absatz 1 genannten Benutzer/-innen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

§ 14 Rechte und Pflichten

(1) Die Nutzungsberechtigten Personen haben das Recht, die Einrichtungen des Instituts nach Maßgabe der Zulassung im Rahmen dieser Ordnung sowie der Hausordnung des KIT und bestehender Öffnungszeitenregelungen zu nutzen.

(2) Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, die Einrichtungen des Instituts so zu nutzen, dass dessen Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere haben sie

- auf die anderen Nutzungsberechtigten Rücksicht zu nehmen,
- die Einrichtungen des Instituts sorgfältig und schonend zu nutzen,
- Beschädigungen oder Störungen unverzüglich dem/der Institutsleiter/-in zu melden,
- in den Räumen des Instituts und bei Inanspruchnahme seiner Einrichtungen den Weisungen des Institutspersonals Folge zu leisten und alle der Arbeitssicherheit dienenden Maßnahmen zu unterstützen, namentlich persönliche Schutzausrüstungen zu benutzen.

§ 15 Ausschluss von der Nutzung

- (1) Nutzungsberechtigte, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die Nutzungs- oder Hausordnung verstoßen oder bei der Nutzung strafbare Handlungen begehen, können von dem/der Institutsleiter/-in von der weiteren Nutzung ausgeschlossen werden.
- (2) Der Ausschluss berührt die aus dem Nutzungsverhältnis entstehenden Verpflichtungen nicht. Der Anspruch des KIT auf ein festgelegtes Entgelt bleibt bestehen. Dem/der Nutzungsberechtigten stehen Schadensersatzansprüche aufgrund des Ausschlusses nicht zu.

§ 16 Entgelt

- (1) Die Nutzung des Instituts durch die Mitglieder des KIT ist im Rahmen der Dienstaufgaben kostenfrei. Die Vorschriften des Nebentätigkeitsrechts bleiben unberührt.
- (2) Für die Nutzung des Instituts durch Mitglieder anderer Hochschulen und sonstiger Einrichtungen des Landes sowie des Bundes und sonstiger öffentlich rechtlich finanzierter Einrichtungen sind Selbstkostenpreise nach den jeweiligen geltenden Vorschriften in Rechnung zu stellen.
- (3) Für die Nutzung des Instituts durch sonstige Nutzer/-innen sind Marktpreise in Rechnung zu stellen. Können Marktpreise nicht ermittelt werden, sind mindestens Selbstkostenpreise zu erheben.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Kraft. Gleichzeitig tritt die Institutsordnung des Instituts für Kernphysik vom 17.03.2000 außer Kraft.

Karlsruhe, den 29. April 2016

Prof. Dr.-Ing. Holger Hanselka
(Präsident)